

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Ämtliches
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachschlag; die gespaltene Kleinzeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 211

Stolp, Freitag, den 9. September 1927

51. Jahrgang

Ungeklärte Lage in Genf.

Deutsche Interessen vor dem Rat.

Genf, 8. September. Heute nachmittag trat der Völkerbundsrat zum erstenmal in dieser Woche zu einer Sitzung zusammen, die zwei deutsche Interessen berührende Fragen auf der Tagesordnung hatte. Unter dem Publikum bemerkte man auch den heftigen Staatspräsidenten Ulrich. Zunächst wurde, nach dem umfangreichen Bericht des holländischen Ratsmitgliedes Veelaerts von Wloand über die ständige Mandatskommission, die Erhöhung der Mitgliederzahl dieses Ausschusses von 9 auf 10 genehmigt, womit der für das deutsche Mitglied vorgesehene Sitz im Mandatsausschuß geschaffen ist. Weiter war an dem Bericht des holländischen Ratsmitgliedes von grundsätzlichen Interesse eine Vorlegung über die Rechtsbeziehungen zwischen einem Mandatsgebiet und dem Mandatsinhaber. Südafrika hatte bereits früher Fragen der Souveränität mit Bezug auf Südwesafrika angeschnitten und der Rat hatte im März entschieden, daß er „keine Meinung über den schwierigen Punkt abgeben könne, bei wem die Souveränität über ein Mandatsgebiet liegt“. Eine Erklärung des holländischen Berichterstatters, die aus Anlaß eines neuen Spezialfalls seinem heutigen Bericht einverleibt ist, stellt zu der Frage im Hinblick auf die hergebrachten Deutlichkeit fest, daß die Anwendung des Rechts terminologie auf die völlig neuen Rechtsbeziehungen von Mandatsgebieten innerhalb des internationalen Rechtes mitunter unangebracht ist. — Der zweite Punkt der Tagesordnung, der den polnischen Angelegenheiten in Danzig betrifft, kam insofern im polnischen Sinne zur Entscheidung, als Polen mit seinem Wunsche durchdrang, die Frage in dieser Ratssitzung nicht zu verhandeln. Indessen forderte der Berichterstatter Villegas eine Vorbereitung der Frage bis zur Dezembertagung, sodaß sie dann endgültig entschieden werden kann, und es wurde nach einer etwas längeren Debatte, in die neben dem Danziger Senatspräsidenten Dr. Sahm und dem polnischen Delegierten Straßburger, Reichsminister Dr. Stroschmann wiederholt eingriff, beschlossen, daß Polen bis zum 15. Oktober seinen Standpunkt schriftlich darzulegen habe, daß bis zum 15. November direkte Einigungsverhandlungen zwischen den beiden Parteien in Danzig durchzuführen seien und daß, wenn diese nicht zum Ziele führen, der Marineunterauschuß des Völkerbundes noch vor der Dezembertagung festzustellen habe, ob der Hafen von Gdingen im Sinne der Danziger Erklärung so weit vollendet ist, daß das Provisorium des Anlegens für polnische Kriegsschiffe entsprechend dem Danziger Antrag beendet werden kann. Einigkeit bestand darüber, daß Polen auch dann jederzeit Gelegenheit haben werde, seine Kriegsschiffe unter Beobachtung der internationalen Regeln auf Danziger Werften reparieren zu lassen.

Das juristische Komitee zur Prüfung des Danziger Antrages auf Verlegung des polnischen Munitionslagers auf der Westerplatte wird Freitag seine Beratungen fortsetzen. — Zu der Frage des Klagerrechts der Danziger Eisenbahner, über das bekanntlich Gutachten der Professoren Kaufmann und Schilling vorliegen, hat Polen nunmehr ein Gutachten des italienischen Professors Cavablieri und eines französischen Sachverständigen eingereicht.

„Jeder Krieg verboten!“

London, 8. September. Bertinax drahtet dem „Daily Telegraph“ aus Genf: Folgendes ist der Wortlaut des polnischen Vorschlages, der der Versammlung durch einen Kollektivbescheid der Mächte zur Abstimmung unterbreitet werden wird: „Die Versammlung zieht die Solidarität in Betracht, die die internationale Gemeinschaft vereinigt. Sie hat die feste Entschlossenheit, die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens zu sichern. Sie nimmt zu Protokoll, daß Krieg niemals ein Mittel zur Regelung von Konflikten zwischen Staaten gebraucht werden darf, und daß infolgedessen ein Angriffskrieg ein internationales Verbrechen bedeutet. Sie ist der Ansicht, daß ein feierlicher Verzicht auf jeden Angriffskrieg die Wirksamkeit haben würde, die den Fortschritt der im Hinblick auf die Abrüstung unternommenen Arbeit begünstigt. Die Versammlung erklärt daher folgendes:

1. In irgendeiner Weise zum Krieg zu greifen zwecks Regelung internationaler Konflikte ist verboten und wird verboten sein. 2. Alle Konflikte, welcher Art sie auch sein mögen, die zwischen Staaten entstehen, können nur durch friedliche Mittel geregelt werden und daher fordert die Versammlung die Mitglieder des Völkerbundes auf, die obige Erklärung zu Protokoll zu nehmen und sich in ihren gegenseitigen Beziehungen nach ihren Grundsätzen zu richten.

Deutschlands Zustimmung.

Die deutsche Delegation, die gestern abend in Genf zu einer Besprechung zusammengetreten war, hat den Bericht des Ministerialdirektors Gaus über die gestrigen Verhandlungen der drei juristischen Sachverständigen entgegengenommen. Die Delegation ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß der vorliegende Entschluß, die das Ergebnis der Verhandlungen der juristischen Sachverständigen über den ursprünglichen polnischen Entwurf darstellt, zugestimmt werden kann. Von Seiten der deutschen Delegation wird darauf hingewiesen, daß der Entschluß angesichts der gegenwärtigen europäischen Situation, die vielfach Konfliktstoffe in sich birgt, eine gewisse moralische Bedeutung beizumessen sei. Die Entscheidung bringe den unbedingten Willen zum Frieden sowie die Verwerfung des Angriffskampfes als Mittel zur Aenderung der politischen Lage zum Ausdruck und lege eine friedliche Regelung der zwischen den Staaten entstehenden Differenzen fest. Gegenüber dem Stillstand und Rückschlag, der in der letzten Zeit in der Abrüstungsfrage eingetreten sei, werde die Entschluß den Friedenswillen der 47 Mitgliedsstaaten des Völkerbundes zum Ausdruck bringen.

Es wird hierbei darauf aufmerksam gemacht, daß der englische und französische Außenminister öffentlich erklärt hätten, daß die von der deutschen Regierung beim Abschluß des Locarnopaktes abgegebenen Garantien für den Osten und Westen völlig genügend wären und neuer Garantien durch Wiederbelebung des Genfer Protokolls nicht bedürften.

Polnische Bedenken.

Die polnische Delegation hat heute telegraphisch in Warschau neue Instruktionen angefordert und ihrer Regierung den Text des bisher vorliegenden Resolutionsentwurfes übermittelt. Wie verlautet, sind bei der polnischen Delegation Bedenken entstanden, ob Polen dem umgearbeiteten Text der Entschluß zustimmen könne. Man weist von polnischer Seite darauf hin, daß die in dem ursprünglichen Text vorgesehene Klausel des grundsätzlichen Verbotes des Krieges dahin abgeändert worden sei, daß nur der Angriffskrieg verboten werde. Aus diesem Grunde sei der polnischen Delegation die Zustimmung zu der Resolution wesentlich erschwert worden. Die Entscheidung über die endgültige Haltung der polnischen Delegation liegt somit gegenwärtig in Warschau. Die Diskussion über den Resolutionsentwurf wird erst beginnen, wenn die Antwort der polnischen Regierung eingetroffen ist.

Warschau unterbreitet einen neuen Vorschlag.

Genf, 8. September. Die polnische Delegation hat heute nachmittag um 5 Uhr der deutschen, der englischen und der französischen Delegation einen neuen Resolutionsvorschlag eingereicht. Die Delegationen sind sofort zur Prüfung des neuen Vorschlages zusammengetreten. Alle bisherigen Entwürfe sind infolgedessen bereits als überholt anzusehen.

Vorausichtlich werden im Laufe des heutigen Abends die juristischen Sachverständigen der Delegationen zur Prüfung des neuen Vorschlages zusammentreten. Da die Verhandlungen noch im Gange sind, läßt sich der weitere Verlauf der Situation in keiner Weise übersehen. Von italienischer Seite wird heute hervorgehoben, daß der Versailler Vertrag, sowie der Locarnopakt alle notwendigen Sicherheitsgarantien im Osten wie im Westen enthalten und deshalb keinerlei Veranlassung vorliege, Verhandlungen über Schaffung neuer Garantien aufzunehmen. Heute nachmittag hat eine längere Aussprache zwischen Briand und der polnischen Delegation stattgefunden, anschließend fand dann eine Unterredung zwischen Briand und Chamberlain statt.

Die Telegraphen-Union veröffentlicht nachfolgend den Wortlaut des neuen polnischen Resolutionsentwurfes, der gegenwärtig der Gegenstand für Verhandlungen zwischen den Delegationen bildet:

1. Jeder Angriffskrieg ist und bleibt verboten. 2. Zur Beilegung internationaler Streitigkeiten sind ausschließlich friedliche Mittel anzuwenden. 3. Die Mitgliedsstaaten übernehmen die Verpflichtung, sich zu den oben angeführten Grundsätzen zu bekennen und ihre gegenseitigen vertraglichen Beziehungen auf den Grundsätzen dieser Erklärung aufzubauen.

Ein großer Wirrwarr.

Berlin, 8. September. Auch in den heutigen Spätabendstunden war an Berliner zuständiger Stelle noch keine Meldung aus Genf eingetroffen, aus der etwa zu ersehen gewesen wäre, welche Folgen der plötzliche Entschluß der Polen, sich an der Antikriegsresolution der Großmächte nicht mehr zu beteiligen und neue Verhandlungen über die Formulierung der Resolution zu beantragen, auf die Haltung der Großmächte gehabt hat oder haben wird. Die Frage ist nämlich jetzt die, ob die Großmächte Deutschland, England und Frank-

reich sich auf die von Polen geforderten neuen Verhandlungen einlassen, oder ob sie bei ihrer alten Resolution verharren werden. Ein Berliner Spätabendblatt will bereits aus Genf erfahren haben, daß sowohl Chamberlain wie Briand als auch der deutsche Außenminister entschlossen seien, die Resolution in der Form, die sie gestern nacht erhalten hat, vor den Völkerbund zu bringen, und daß sie noch immer die Hoffnung hätten, die notwendige Zweidrittelmehrheit für die Annahme dieser Resolution zu finden. Wenn dem so wäre, — die Nachricht entbehrt noch der offiziellen Bestätigung — so würde den Polen nichts anderes übrig bleiben, als entweder ihren Einspruch gegen die Resolution der Großmächte zurückzuziehen, oder ihre eigene Resolution in der ursprünglichen, nicht abgeänderten Fassung in der Vollversammlung vorzulegen. Diese hätte dann über drei Resolutionen zu entscheiden, die holländische, die polnische und die deutsch-englisch-französische.

Das Beste für Deutschland wäre in diesem Falle, wenn die Völkerbundsversammlung dann überhaupt zu keinem Ergebnis käme, und damit alle drei Resolutionen unter den Tisch fallen würden. Läßt sich das nicht ermöglichen, so ist die Großmächteresolution, der die deutsche Delegation heute nacht ja bereits zugestimmt hat, immer noch von den drei Neben das geringere. Bietet sie doch in ihrer — in diesem Falle recht begrüßenswerten — Dehnbarkeit und Verwaschenheit ein weit weniger brauchbares Sprungbrett für die französisch-polnischen Ostlocarnopläne, als die beiden anderen. Andererseits wäre es natürlich auch völlig abwegig, zu behaupten, daß die Großmächteresolution für Deutschland besondere Vorteile mit sich bringe. Wenn man etwa, wie es den Anschein hat, in der deutschen Delegation so argumentiert, daß die Großmächteresolution das Sicherheitsproblem endgültig regelt und infolgedessen Deutschland Sicherheit gegen jeden Angriff gewährleistet, so ist das zweifellos ein ganz unberechtigter Optimismus. Nach den letzten Meldungen wird der Wert der Resolution selbst von den Freunden und Theoretikern der Völkerbundspolitik in Genf sehr gering eingeschätzt, weil die wirkliche juristische Ausschaltung der Angriffsmöglichkeit fehlt. Dazu kommt noch, daß die Großmächteresolution die Frage der allgemeinen Abrüstung und der Rheinlandräumung völlig unberücksichtigt läßt. Träfe die Ansicht, daß durch die Resolution das Sicherheitsproblem aus der Welt geschafft wird, zu, so müßte nämlich logischerweise das Rheinland sofort geräumt und mit der allgemeinen Abrüstung sofort begonnen werden. Wird beides verweigert, so ist die Resolution wertlos, für Deutschland aber ein großes Opfer, weil wir abermals eine Erklärung für den Frieden abgeben, ohne die geringsten tatsächlichen Garantien dafür zu erhalten, daß nun wirklich abgerüstet und wirklich geräumt wird. Sowie über die recht zweifelhafte Bedeutung der Großmächteresolution, wie sie sich nach dem Urteil rechtsstehender Berliner Kreise darstellt. Sie gilt — wohl verstanden — nur für die jetzt bekannte Form der Resolution. Wenn diese schon aus den oben angeführten Gründen nur schwer tragbar erscheint, so müßte eine neuerliche Abänderung der Großmächteresolution im Sinne der polnischen Wünsche als vollends untragbar bezeichnet werden. Man kann daher nur hoffen, daß die deutsche Delegation ihren ganzen Einfluß aufbietet, um eine solche Abänderung zu verhindern.

Korruption im roten Berliner Magistrat.

Berlin, 8. September. Die Deutschnationale Volkspartei hat im Preussischen Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: „Anlässlich des Vorgehens des Berliner Magistrats gegen die Berliner Hotels, die am Verfassungstage nicht geschlossen hatten, ist in einem weitverbreiteten Zeitungsausschnitt nicht nur festgestellt worden, daß sich amtliche Stellen dazu hergaben, unter Androhung geschäftlicher Nachteile die in der Verfassung verbürgte Gewissungsfreiheit mit Füßen zu treten, sondern es ist auch noch mit besonderer Betonung hinzugefügt worden, „von Herrn Voß und seinem Magistrat kann man ja nichts Besseres verlangen. Unfähig, die große Gemeinde Berlin sachkundig und sparsam zu verwalten, oder auch nur der Claqueurwirtschaft und gewissen Korruptionserscheinungen zu steuern, suchen sie ihre wankende Autorität durch politische Gesinnungsstüchtigkeit zu stützen.“

Da es sich bei dieser schweren öffentlichen Anklage um die Hauptstadt des Deutschen Reiches und Preußens handelt, so fragen wir: 1. Kennt das Staatsministerium diese Verlautbarung, und wenn ja, was hat es getan, um diese schwere gegen den Oberbürgermeister und den Magistrat der Stadt Berlin erhobene Anklage nachzuprüfen, 2. ist im besonderen der Herr preussische Innenminister als kommunale Aufsichtsinstitution angewiesen worden, die Verwaltung Berlins daraufhin zu untersuchen und gegebenenfalls die Claqueurwirtschaft und die Korruption abzuschaffen? 3. ist das Staatsministerium bereit, auf dem vorgezeichneten Wege dafür zu sorgen, daß nach der Untersuchung unfähige, sachkundige und unsparsame Amtsinhaber aus der Verwaltung der Stadtgemeinde Berlin entfernt werden?

gung der Verunglückten zu sorgen, tritt die Bahnhilfe in den Hintergrund. Nach der Unfallmeldung hat die Abfahrt des Hilfszuges und des Arztwagens innerhalb 15 Minuten, die Abfahrt sonstiger Hilfszüge und des Hilfsnachzuges innerhalb 30 Minuten zu erfolgen. Die Besetzung des Arztwagens besteht aus einem maschinentechnischen Beamten und mindestens 10 Mann, von denen 5 in der Bergung Verletzte ausgebildet sein müssen. Die Möglichkeit, bei Bahnunglücken die in den letzten Jahren immer mehr ausgebauten Unfallorganisationen der Städte und des Landes in den Dienst der Bahn zu stellen, hat den Aufgabekreis der Reichsbahn bei der Vorbereitung und Durchführung der Unfallmaßnahmen erheblich erweitert. In großen Zügen bleibt die Aufgabe des Zugpersonals und der Dienststellen bestehen: Sicherung der Unfallstelle, Benachrichtigung der Unfallmeldestelle, Herbeiführen des Hilfszuges, erste Hilfe durch die Station und örtlichen Unfallorganisationen (Rotes Kreuz) usw. Wichtig ist, daß bis zum Eintreffen genauer Nachrichten bei zwei und mehrfachen Strecken alle Gleise zu sperren sind und daß die Sperrung von jeder Betriebsstelle aus zu erfolgen hat, die hierzu die Notwendigkeit einseht. Neu ist die Bestimmung, daß der Vorstand des Betriebsamts jährlich mindestens einmal bei der Prüfung des Betriebsdienstes durch eine Übung feststellen soll, daß die Vorsteher der Unfallmeldestellen und ihre Vertreter binnen 10 Minuten nach dem Eingang der Unfallmeldung die zur Sicherung des Zugverkehrs und zur Herbeischaffung von Hilfe erforderlichen Anordnungen treffen.

Pommersche Bauernhochschule in Hennefshagen. Der Winterlehrgang der Pommerschen Bauernhochschule findet vom 7. November 1927 bis Mitte März 1928 statt. Die Schüler finden Unterkunft und Verpflegung im neuen Schulheim zu Hennefshagen (Bahnstrecke Kolberg-Röllin). Das Mindestalter der Teilnehmer beträgt achtzehn Jahre. Als Vorbildung genügt der Besuch der Volksschule, doch ist der vorherige Besuch einer landwirtschaftlichen Fachschule erwünscht. Nähere Auskunft über Lehrplan und Kosten durch die Schulleitung.

Einheitssturzschritt. Der vom 2. bis 4. September in Dresden abgehaltene Vertretertag des Deutschen Stenographenbundes hat einstimmig folgende Entschliessung gefaßt: „Der Vertretertag dankt der Reichsregierung und den Landesregierungen für die Förderung, die sie bisher der Einheitssturzschritt haben angebahnen lassen, und bittet sie, diese Wirksamkeit in erweitertem Umfang fortzusetzen. Insbesondere fordert der Deutsche Stenographenbund weitergehende Anwendung der Sturzschritt im Behördenbetriebe und nach dem Beispiel von Sachsen und Oesterreich die Einführung des Sturzschritts als Pflichtfach in sämtlichen höheren und den in Frage kommenden Berufsschulen. An Handel, Gewerbe und Industrie richtet er die Bitte, bei Reuanstellungen solchen den Sturzschritt zu geben, die vor einer Handelskammer die Prüfung in Sturzschritt abgelegt haben.“

Stolpmünde. Gemeindevertreterwahl. Gewählt wird der Richter H. Wiedt als 3. Vertreter in den Schulvorstand der Berufsschule. — Der Zuschlag für die Arbeiten zum Bau des gemeindlichen Nachfamilienhauses wird einer Stolper Firma erteilt. — Als Lehrer für die an der Volksschule 3. St. ruhende Stelle ist der Lehrer Max Hardt aus Griebitz vom Schulvorstand gewählt worden, wovon die Verwaltung Kenntnis nimmt. — Der Erlaß eines Ortsstatuts für die Lieferung von elektrischer Energie wird beschloffen. — Die vom Magistrat in Stolp gestellten Bedingungen für die Erhebung des Weges Stolpmünde-Freidow werden angenommen. — Im Nebenabnahme der Unterhaltungskosten wird beschloffen. — Im Siedlungsblock sollen der Maurer Heinrich Wolf aus Freidowshagen und der Kriegsschädigte Friedrich Stach aus Freidow je eine Parzelle zum Preise von 1,50 RM. je qm. abschließen. — Abschließend wird noch über einige kleinere Verwaltungsangelegenheiten verhandelt.

Stolpmünde. Sturmvogelbergnung. Donnerstag ist der Bergungsbesuch „Walter Hörbe“ in Stolpmünde in Augenwalde eingetroffen, der mit einem größeren Schwimmprahm die Bergung des gesunkenen „Sturmvogel“ vornehmen will. Der Prahm hat das Wrack zunächst festgetroffen und verfrachtet es an den Schweinskopf heranzubringen, um dort die Bergung der Ladung vorzunehmen.

Stolpmünde. Durch Feuer vernichtet wurde in der Nacht zum Sonntag ein 27 Fuder Peluschen enthaltener Schieber des Scheffelwerks. Die Entstehungsurache des Brandes konnte noch nicht festgestellt werden. Der Schaden ist durch Versicherung nicht gedeckt.

Stolpmünde. Die Anschaffung einer Reichsfahne zum dritten Male abgelehnt. — Zum dritten Male lag den Stadtverordneten ein Antrag auf Anschaffung der Reichsfahnen vor. Der Stadtverordnetenvorsitzende hat den Antrag, die Sache so lange zu verlagern, bis der Beschluß des Landtages in die- ser Frage bekannt ist. Die Stadtverordneten Trapp und Weidner baten, Mittel zur Anschaffung einer Rathhaus- und auch der Schulflaggen zu bewilligen. Die Versammlung lehnte den Antrag mit 11 gegen 5 Stimmen ab.

Stolpmünde. „Und dieser Knabe hieß Marie!“ — Daß man sich heute im Zeitalter des Pubisposes, der schlanken Lini- en, der Zigarette und der Sportkleidung öfter den Kopf zer- reißt, ob man etwas „Männliches“ oder „Weibliches“ vor sich vorangehenden Menschentum doch ansehen, ob es männlich oder weiblich ist. Aber auch hier ist „Irrtum menschlich“. Auf dem Wege die Geburt eines strammen Stalhalters an und nahm auch glücklich alle Glückwünsche dazu entgegen. „Doch mit des andern Tage beschaute sich die weise Frau, für gewöhnlich so Schreck, es war ein Mädchen! Auch Vater und Mutter mußten das nach genauer Betrachtung zugeben. So machte sich der glückliche Vater zum zweiten Male auf den Weg zum Stalhalters und berichtete, daß der Junge, den er gestern an- gemeldet habe, kein Junge sei, sondern ein richtiges Mädchen. — Stolpmünde. Eisenbahnstreik. — Einen unterantwortlichen Richter hat der 21jährige Sohn des Gutsbesitzers H. in der Nacht auf dem Nachhausewege an der Kreuzung des Weges zwischen Eisenbahnstrecke mit der Eisenbahnstrecke eine schwere Eisenbahnwaggon auf die Schienen gelegt hat. Der Waggon des Führers des von 6,44 von Kallies eintraf- fende Triebwagens ist es zu verdanken, daß das Hindernis nicht durch rechtzeitiges Halten des Zuges verhindert worden ist. Der jugendliche Lebeltäter, der durch die Polizei alsbald nach dem Tat ermittelt wurde, ist in Polizeihast genommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden.

Stolpmünde. Selbstmordversuch. — Am Dienstagabend ver- suchte ein 23jähriger Fleischer in der Falkenwalder Straße in der Wohnung seiner früheren Verlobten durch Aufschneiden

der Pulsadern an beiden Armen Selbstmord zu begehen. Nach Anlegung von Notverbänden durch einen Arzt wurde er in seine Wohnung geschafft.

Freienwalde, Kreis Rautgard. Im Rausch tödlich verun- glückt. — Von einem Tanzvergnügen wollte der Arbeiter Braune in berauschtigtem Zustande auf seine Arbeitsstelle bei dem Bauernhofbesitzer Wienhold zurückkehren. Um sich den Weg abzukürzen, ging er durch den Bruch und geriet in einen Torfgraben, wo er ertrank.

Ahlbeck (Seebad). Was ein Häfchen werden will. — Zu zwei Damen mit zwei Kindern im Strandkorb gesellte sich ein fremder Junge und hilft schippen. Da er eifrig und be- scheiden ist, läßt man ihn gewähren. Auch in dem Strand- zelt, auf dessen Sitz zwei Handtaschen liegen, macht er sich zu schaffen. Diesen Handtaschen entnimmt er Geldtäschchen mit 40 und 6 Mark Inhalt, stößt ein Loch durch die Zellwand und empfiehlt sich. Auf dem Heimweg wollen die Damen einkaufen und vermissen die Geldtäschchen. Man benachrichtigt die Polizei, die den Dieb ergreift. Es ist ein 13jähriger Junge aus Berlin, der sich hier schon einige Zeit umhergetrieben und Quartier in Strandkörben genommen hat. Von dem Gelde hatte er 26 Mark bereits ausgegeben.

Wie wird das Wetter?

Mit den vom Ocean über Mittel- und Südskandinavien ostwärts ziehenden Depressionen hat die kühlere Westluft jetzt auch den östlichen Teil Pommerns erreicht. Ein erhebliches Fallgebiet des Luftdruckes über Großbritannien zeigt das Her- annähren eines neuen atlantischen Tiefs an, mit dem die Zu- fuhr dieser kühlere Luftmassen noch verstärkt wird. Schiffs- meldungen lassen erkennen, daß auch mit dem Vorüberziehen dieser Störung die Zyklontätigkeit noch nicht abgeschlossen ist, sodaß mit einer Wiederherstellung der bisher anhaltenden Hochdruckverhältnisse nicht zu rechnen ist.

Wetter-Vorhersage: Frische Winde aus südwestlichen Rich- tungen, nur vorübergehend aufheitend, stichweise Regenfälle, kühl.

Sport und Spiel.

Turn- und Sportabzeichen. Um all den Bewerbern um das Abzeichen, welche bisher keine Gelegenheit gehabt haben, die Schwimmprüfung abzulegen, oder welche die Bedingung nicht erfüllt haben, die Möglichkeit zu geben, das Abzeichen noch in diesem Jahre zu erwerben, wird am Montag, den 12. d. Ms., mittags um 12,45 Uhr noch eine Prüfung abgehalten werden. Die Bewerber müssen möglichst um die angegebene Zeit, spätestens aber um 1,15 Uhr schwimmfertig in der Badeanstalt sein.

Reichsjugendwettkämpfe. In dem Fußballspiel zwischen der 3b 1 und der 3b 2 der Oberrealschule, das am Sonntag vormittag unentschieden endete und aus Mangel an Zeit nicht weitergespielt werden konnte, ist jetzt die Entscheidung herbeigeführt worden. Nach schwerem Kampf errang in der zweiten Verlängerung die 3b 2 den Sieg mit 1:0. — Unter den Siegern der Knaben-Altersklasse 10-09 ist noch nachzutragen als 8. Vert. von Ragner, Mittelschule, mit 91 Punkten.

Letzte Meldungen.

„Schamlose Heuchelei.“ Paris, 8. September. „Humanite“ meldet, der Nichtan- griffsakt sei erteilt. Es lebe der Nie-wieder-Krieg!-Pakt. Wenn die Welt an diesen Beschlüssen nicht genesen kann, dann ist sicherlich die Welt selbst schuld daran. Solange die Mächte nicht um mindestens ein Drittel ihre Rüstungen herabsetzen, werde dieser Völkerbundsentschluß eine traurige Farce und ein Dokument schamloser Heuchelei sein, den nicht einmal Kinder und alte Greise mehr glauben können.

Die Gastwirte gegen die Steuerlast. Düsseldorf, 9. September. Auf der deutschen Gast- wirtschaftstagung gab es am Donnerstag eine recht stürmische Er- örterung der Steuerfrage. Einmütig wurde die Hauszinssteuer als ruinos für das Gastwirtsgeterbe bezeichnet. Die Ver- sammlung verlangte völlige Befreiung aller gewerblichen Räume von der Hauszinssteuer. Eine weitere Entschliessung, fordert eine Revision der Vergnügungssteuer. Ferner wurde auf einen Antrag der bayerischen Gastwirte schärfster Protest gegen das geplante Vereinfachungsgesetz erhoben, das wie- derum neue Ausnahmegestimmungen für das Gastwirtsgeterbe bringen soll.

Ueber eine Million Arbeitslose in England. Rotterdam, 8. September. Der „Courant“ meldet aus London: Die Zahl der Arbeitslosen in England hat sich auf 1 042 000 erhöht. Kommunistische Arbeiterunruhen haben in Birmingham, Liverpool und Manchester stattgefunden. In Manchester wurden Läden gestürmt und demoliert. Es gab über 200 Verletzte. Auch London sieht täglich Massenaufzüge der kommunistischen Arbeitslosen.

Abbruch der Beziehungen zwischen englischen und russischen Gewerkschaften. Berlin, 8. September. Wie aus London gebracht wird, nahm die heutige Sitzung des englischen Gewerkschafts- kongresses in Edinburgh mit 2 710 000 Stimmen gegen 620 000 Stimmen, also mit überwältigender Mehrheit, den Vorschlag des Generalrates an, die Beziehungen mit den russischen Ge- werkschaften abzubrechen.

Handelsnachrichten.

Berliner Butternotierung. Amtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungs- kommission, mitgeteilt vom Verkaufsverband Norddeutscher Molkereien, Berlin C. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwi- schen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.

Berliner Butternotierungen vom 8. September. 1. Sorte 1,88, 2. Sorte 1,70, abfallende 1,56. Tendenz: sehr fest.

Berliner Vollmilchpreis. Der Erzeugerpreis frei Berlin für die Zeit vom 9. bis 15. September einschließlich beträgt 22,5 Pfennig, also gegenüber der Vorwoche unverändert.

Berliner Frühmarktnotierungen vom 8. September. Wei- zen: Sept. 275,75, Okt. 274, Dez. 274. Tendenz: kaum stetig. Roggen: Sept. 252,50, Okt. 245,50, Dez. 242. Tendenz: be- hauptet. Hafer, gut 238—248, mittel 227—237, Wintergerste, gut 235—240, Gerste, gut 255—275, Futterweizen 282—292, gel- ber Platamais 200—206, kleiner Mais 212—220, Taubenerbsen 330—344, Futtererbsen 250—260, Roggenkleie 154—164, Weizen- kleie 158—162. Tendenz: ruhig.

Stettiner Produktennotierungen vom 8. September. Rog- gen, inkl. 249, Weizen, inkl. (Naturalgewicht 74 Kilogramm) 265, Hafer 190—205, Sommergerste 220—230, Braugerste 255—275, Wintergerste 208—212.

Bekanntmachung.
Metz. Straßenperrung.
Die Sperrung der Gumbiner-Chaussee von Station 1,2 bis 2,2 wird aufgehoben
Stolp, den 7. September 1927.
Die Polizeiverwaltung.

Pferdeverkauf.
Am Sonnabend, den 10. September 1927, vormittags 11 Uhr kommt auf dem Stephanplatz ein für den städti- schen Dienst nicht mehr geeignetes Pferd öffentlich meist- bietend gegen Barzahlung zum Verkauf.
Stolp, den 7. September 1927.
Der Magistrat.

Frauen und Mädchen zum Kartoffelsammeln
können sich sofort melden
im Oeffentlichen Arbeitsnachweis Goldstr. 13.

Der Stahlhelm

Am 10. und 11. September d. Js. finden

Stahlhelmwettkämpfe

der Kreisgruppe Stolp in der Waldlage und auf der Hindenburgkampfbahn statt.

Festfolge:

Sonnabend, den 10. September, 8 Uhr abends:
Begrüßungsabend im „Pommernhof“, Poststr. 1.
Ansprache des Landesverbandführers Kamerad von Herzberg.

Sonntag, den 11. September:
Von 7 Uhr ab Schießen auf sämtlichen Ständen der Waldlage. 7,30 Beginn der Ausscheidungs- kämpfe auf der Hindenburgkampfbahn. 10—11 Uhr Feldgottesdienst in der Waldlage. 1 Uhr Abmarsch zur Hindenburgkampfbahn. 2,30 Beginn der Wettkämpfe. 8 Uhr Preisverteilung. Vortrag des Kameraden von Wedel, Filz- stenfee, und Kameraden Major von Wolff, Rufferow. Anschließend gemütliches Bei- samensein in sämtlichen Räumen des Schützenhauses.

Alle deutschen Männer und Frauen, alle nationalen Vereine und Verbände werden hiermit herzlichst eingeladen — Festbeitrag für Kameraden 50 Pfg., für Gäste 75 Pfg. Für Teilnehmer ohne Festkarte Eintritt auf der Hindenburgkampfbahn: Sitzplatz 0,50 M., Stehplatz 0,25 M., Kinder 0,10 M. Vor- verkauf in der Buchhandlung Gutzig und Musikalien- handlung Felix Albrecht.

Die Kreisgruppe Stolp.

Wegen Raummangel
und um den hereinkommenden Winterwaren Platz zu schaffen, bin ich gezwungen,
einen größeren Posten
Winterjoppen
zu den billigen Preisen von 12,50 13,50 und 15,50 zu verkaufen.
Jetzt ist es Zeit zuzugreifen.
Lutters Bekleidungshaus,
Jetzt Mittelstraße 40.

Zur Lieferung
Totenfest
(20. November)
ist es jetzt Zeit
das Grabmal
zu bestellen.

Im neu
aufgefüllten Lager
Präsidentenstr. 24
viele 100
zur Ansicht
keine Preise
Teitzahlungen.

Aus Pietät betrete
ich ungerufen kein
Trauerhaus.
Adolf Peglow



Die
HERBST-SAISON

eröffne ich am

Montag, den 12. September

mit einer

❖ **MODELL-** ❖
AUSSTELLUNG

Ich zeige in der 1. Etage meines Hauses, sowie in
 meinen 11 Schaufenstern

die neuesten Modeschöpfungen

in Straßen-, Tee- und Abendkleidern
 Mänteln, Kostümen, Komplets und Hüten
 ferner Pelz-Mäntel und Jacken
 aus edelstem Fellmaterial

Modelle eigener Werkstätten, sowie Kopien Wiener und Pariser Modelle

Bei einem Besuch meiner Ausstellung bitte ich gleich-
 zeitig um zwanglose Besichtigung der eingetroffenen

HERBST-NEUHEITEN

in **Kleider- und Seidenstoffen**
Herrnstoffen :: Hüten
Herrnkleidung
eleganten Schuhwaren

Die Ausstellung dauert vom 12. bis 17. Septbr.

Gustav Zeeck, Stolp

Meine diesjährige Herbst-Modenschau rechtfertigt aufs Neue meinen Ruf als führendes Modehaus Ostpommerns.